An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

. Jahrgang. Omaha, Neb., Dienstag, den 7. Januar 1919. 4 Seiten.—Nr. 256.

Straßenkämpfe toben in Berlin

Dieselben nehmen den Charakter eines Bürgerkrieges an; Spartakusleute halten mehrere öffentliche Gebäude u. Druckereien besetzt

Ebert entschlossen, Ruhe u. Ordnung herzustellen

London, 7. Jan.—Heute hier eintreffenen Depeschen zufolge ist es in Berlin zwischen den Spartakusleuten und Regierungstruppen zu heftigen Kämpfen gekommen.

München, 6. Jan.—(Verzögert.) Telephonische Berichte aus der Reichshauptstadt besagen, daß zu Berlin Anarchie ausgebrochen ist; zwischen Anhängern Liebknechts und Regierungstruppen ist es zum Kampfe gekommen, an welchem sich Tausende beteiligen. Das Tacken der Maschinengewehre ist in der ganzen Stadt vernehmbar. Die Spartakusleute haben sich in mehreren öffentlichen Gebäuden verbarrikadiert; auch sollen sie die Banken besetzt haben. Spätere telephonische Nachrichten besagen, daß die Regierungstruppen sich anschicken, die von den Spartakusleuten besetzte Zentralpolizeistation zu stürmen. Karl Liebknecht befindet sich an der Spitze der Aufständischen. Hunderte flüchten aus der Stadt.

Liebknecht, Rosa Luxemburg und beiden russischen Bolschewikiführer Adolph Joffe und Karl Radek dirigieren die Operationen der Spartakusleute von der Zentralpolizeistation aus.

Unabhängige Sozialisten haben sich den Spartakusleuten angeschlossen. Sie haben eine Proklamation erlassen, in welcher es unter anderem heißt: „Heute wird der letzte Kampf für die Revolution vor sich gehen."

Kopenhagen, 7. Jan.—Hier eintreffende Berliner Depeschen besagen, daß sich Frauen an den Straßenkämpfen beteiligen. Dieselben haben den Charakter eines Bürgerkrieges angenommen. Den Gefechten gingen Gegendemonstrationen voraus, welchen sich ein großer Teil der Bevölkerung anschloß. Die rivalisierenden Elemente führten Transparente mit sich mit der Aufschrift „Nieder mit der Regierung" und „Nieder mit den Spartakusleuten." Anhänger Liebknechts versammelten sich dann in beträchtlichen Massen im Tiergarten und Zoologischen Garten. Vereinzelte Schüsse fielen, und bald war der Kampf allgemein. Die Spartakusleute sollen sich aller Telegraphenämter bemächtigt haben. Die Läden sind geschlossen und die Geschäfte sind zum Stillstand gekommen.

Die Druckereien des Tageblatts, Vossische Zeitung, Lokal-Anzeiger, Vorwärts und Morgenpost wurden, einer Depesche aus Berlin zufolge, von Spartakusleuten besetzt. Es wird ferner gemeldet, daß die genannten Zeitungen nicht erscheinen werden mit Ausnahme des Vorwärts, der von einem Komitee der revolutionären Arbeiter herausgegeben wird. Die Druckerei des Wolff Bureau ist von den Anhängern Liebknechts geschlossen worden und diese Nachrichtenagentur hat ihre Arbeit eingestellt.

Berlin, 5. Jan. (Verzögert.)—In einem Interview mit einem Vertreter der United Preß sagte Kanzler Ebert, daß alles angewendet werden wird, um die Ordnung im Inneren des Reichs aufrecht zu erhalten, bis die Nationalversammlung, die über das Geschick der deutschen Regierung entscheiden soll, zusammentritt. Ebert erklärte ferner, die unmittelbare Aufgabe der deutschen Armee bestehe darin, das Land vor einer Invasion vom Osten aus zu schützen. Diese Angelegenheit befindet sich in Händen des Ministers Noske, während Scheidemann und Graf Brockdorff-Rantzau die Vorbereitungen für die Friedenskonferenz leiten werden. „Ich selbst werde mich ganz und gar den Vorbereitungen für die Nationalversammlung widmen," sagte Ebert.

Kopenhagen, 6. Jan.—„Ich werde geeeks Herstellung eines gerechten und wahren Friedens verhandeln aber nicht eines Friedens mittels Gewalt, denn das würde die Versklavung und Versklavung Deutschlands bedeuten," so erklärte offiziell der deutsche Minister des Auswärtigen Brockdorff-Rantzau. „Unsere Feinde ziehen die deutsche Revolution in Frage und hatten dadurch die Ausführung des Friedensprogramms des Präsidenten Wilson nicht durchsetzen zu dürfen. Die Behauptung, daß die Revolution ein bloßes Manöver sei, ist nicht wahr; ebenso unwahr ist es, daß Deutschland den Forderungen brutaler Gewalt sich fügen wird. So lange ich in der Lage bin, mein gegebenes Wort einzulösen, wird Deutschland allen seinen Versprechungen nachkommen, aber keinen Schatten mehr, als es versprochen hat."

Paris, 7. Jan.—Die bayerischen Wahlen zur Nationalversammlung sind auf den 12. Januar anberaumt worden, diejenigen Sachsens auf den 2. Februar. Berliner Depeschen melden, daß Prinz August Wilhelm, der vierte Sohn des früheren Kaisers, bei einer Autofirma Anstellung gefunden hat.

Basel, 7. Jan.—Die frühere deutsche Armee hat zu existieren aufgehört, sagt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, denn bereits sind 150 Divisionen demobilisiert worden.

Der gegenwärtige deutsche Gesandte in den Schweiz, Graf Max von Montelglas, erklärte, daß sich Deutschland von dem Unheil das der Krieg auf dasselbe gebracht hat, langsam erholen werde aber in demokratischem und nicht in monarchischem Geist. Dieser Wiederaufbau wird unendlich schwierig werden und alle Anforderungen an die deutsche Disziplin stellen; derselbe aber kann bewerkstelligt werden, vorausgesetzt die Alliierten geben Deutschland eine Gelegenheit dazu. Monteglas hofft, daß infolge der kürzlich vorgenommenen Aenderungen im Berliner Ministerium das Fundament zu einem neuen Deutschland gelegt worden ist. Dasselbe wird keinen Bolschewismus dulden. Seiner Ansicht nach ist das deutsche Volk zu vernünftig, um den Lehren des Bolschewismus zu folgen. Wäre aber würde sich die Sachlage gestalten, wenn die Nahrungsmittelsituation kritisch werden sollte und das Volk dann vor die Alternative gestellt ist, Hungers zu sterben oder zu Gewaltmitteln zu greifen.

London, 7. Jan.—General Ludendorff zeigte sich bereit, nach Unterzeichnung des Waffenstillstands sich zu verantworten; die Regierung indessen gestattete ihm, sich außer Landes zu begeben. So melden die Düsseldorfer Nachrichten.

Im Haag, 7. Jan.—Oberst Reinhardt von Württemberg ist einer Berliner Depesche zufolge zum Kriegsminister ernannt worden.

London, 7. Jan.—Eberts Regierung hat mit der russischen Soviet-Regierung die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, weil deren Vertreter Karl Radek versucht, die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und den Ententemächten zu erneuern.

Wilson wird Kongreß-Schluß beiwohnen

Paris, 7. Jan—Präsident Wilson beabsichtigt nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren, um der Schlußsitzung des Kongresses beizuwohnen, soweit bis jetzt feststeht. Er wird aber zu den späteren Sitzungen der Friedenskonferenz wieder in Paris sein.

Der Präsident wird an den Kongreß verschiedene Ansprachen halten und noch den 4. März wieder die Rückreise hierher machen.

Amerikanische Verlustliste

Washington, 7. Jan. — Nachfolgende Verlustliste wurde heute veröffentlicht:

Vormittagsbericht — Unfällen erlagen oder von anderen Ursachen starben 6; Krankheiten erlagen 80, seine verwundet 21. Zusammen 107.

Nachmittagsbericht: Gefallen 30, an Wunden erlagen 58, verunglückt 40. Zusammen 114.

Leichenfeier für Theodore Roosevelt

Feier wird sehr einfach sein; Unzählige Beileidsdepeschen; Beerdigung in Oyster Bay.

Oyster Bay, 7. Jan.—Unzählige Beileidsdepeschen sind für Frau Roosevelt eingelaufen, unter ihnen solche von Präsident Wilson, König Georg, Präsident Poincare und Premier Lloyd George.

Das Telegramm Präsident Wilsons lautete: „Empfangen Sie, bitte, mein herzliches Beileid mit dem Hinscheiden Ihres ausgezeichneten Herrn Gemahls; die Nachricht von seinem Tode hat mich tief erschüttert." Woodrow Wilson.

Die Leichenfeier, die morgen unter der Leitung des Pastors S. E. Talmadge stattfinden wird, soll noch einfacher werden, als zuerst angekündigt worden war, es sei denn, daß die Arrangements eine gründliche Aenderung erfahren. Es soll keine Leichenrede gehalten werden, auch ist von aller musikalischer Feier abgesehen worden.

Ein Gefühl von Schwermut und Trauer liegt über der ganzen kleinen Stadt und bedrückt den Besucher, sobald er den Bahnzug verlassen hat.

Die Aerzte, die Oberst Roosevelt behandelten, haben über sein Leiden und seinen Tod folgende offizielle Erklärung abgegeben:

„Seit 2 Monaten litt Oberst Roosevelt an Gelenkrheumatismus. Die Fortschritte, die er machte, waren vollständig zufriedenstellend und sein Zustand gab keinen Grund für besondere Besorgnis. Am Sonntag war er wohlauf und verbrachte den Abend mit seiner Familie, indem er Briefe diktierte. Gegen 11 Uhr ging er zu Bett. Etwa 4 Uhr morgens bemerkte der Diener, der im Nebenzimmer schlief, daß des Obersten Atemzüge, obwohl er ruhig schlief, nicht so tief wie gewöhnlich waren. Er starb fast unmittelbar darauf, ohne aufzuwachen. Die Todesursache war Verstopfung eines Blutgefäßes.

Die Depeschen laufen in so großer Anzahl ein, daß zu ihrer Bewältigung vier Telegraphisten nötig sind. Außer Präsident Wilson, dessen Kabeldepesche wir oben gaben, liefen solche ein von der Königin-Mutter Alexandra von England; Depeschen von Ex-Präsident Taft, Sekretär und Frau Daniels, „Onkel Joe" Cannon und von vielen, vielen andern.

Washington, 7. Jan. — Sprecher Clark ernannte heute ein Komitee von 26 Mitgliedern des Hauses, das am Begräbnisse dieses Teil der Volksvertretung offiziell vertreten soll.

Poincare im Juli nach den Ver. Staaten?

Paris, 7. Jan.—Präsident Poincare machte heute der Presse gegenüber die offizielle Ankündigung, daß er Ende Juni oder Anfangs Juli nach den Ver. Staaten zu reisen gedenke.

Auf die Hindeutung, daß er sich nur auf einen großartigen Empfang gefaßt machen solle, erwiderte Herr Poincare, daß er nicht kommen würde, um gefeiert zu werden, sondern um Präsident Wilson einen Gegenbesuch zu machen und weil er Amerika und den Amerikanern seinen Dank abstatten wolle für alles, das sie für die Freiheit und für Frankreich getan hätten.

Amerikaner im hohen Nord

(Mit den amerikanischen Truppen an der Dvina Front) Sonntag, den 5. Jan.—Trotzdem das Thermometer unter den Gefrierpunkt gefallen ist, so halten sich die amerikanischen Soldaten sehr gut und behaupten die eroberten Strecken mit Erfolg; das Dorf Kadish wurde wiedererobert. Das Militärhauptquartier berichtet, daß die Lage unverändert ist.

Die Schweiz erhält Kohlen.

Bern, 7. Jan. — Zwischen der Schweiz und Frankreich wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach die Schweiz monatlich 60,000 Tonnen Kohlen aus den Bergwerken von Saarbrücken erhalten soll. Die Schweiz braucht monatlich eine 200,000 Tonnen und da sie keine von Deutschland beziehen kann, ist die Neuigkeit dort hier groß.

Zur Nacht und Morgen—Schön heute abend und Mittwoch; kälter im östlichen und nördlichen Teile. Wetter am Mittwoch.

Zur Zeit—Schön heute abend und Mittwoch; kälter heute abend; niedrigste Temperatur am Mittwoch

Die sieben Tage einer großen Woche in Deutschland

13. November.

In Berlin hat sich der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats konstituiert. Diese Körperschaft besteht aus 28 Mitgliedern, 14 Soldaten und 14 Arbeitern.

Die neue preußische Regierung hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

Preußen ist wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten durch Volkswillen zum freien Staat geworden. Die Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist, das alte, von Grund aus reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln. Ueber die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens und seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Auslande wird die Verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlsystem. Bis zum Zusammentritt der Verfassunggebenden Versammlung hat die vorläufige Regierung, getragen von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue freie Preußen jetzt in Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten, einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre und bis zur endgiltigen Regelung Gewährung ausreichender Teuerungszulagen. Der Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule. Schaffung einer Einheitsschule. Befreiung der Schule von jeglicher kirchlichen Bevormundung. Trennung von Kirche und Staat. Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Unterzeichnet ist der Aufruf von den Mitgliedern der neuen Regierung: Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Haenisch, Adolf Hoffmann.

Die deutschen Waffenstillstands-Bevollmächtigten gaben bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes nachfolgende Erklärung ab:

Die deutsche Regierung wird selbstverständlich bestrebt sein, mit allen Kräften für die Durchführung der auferlegten Verpflichtungen Sorge zu tragen. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erkennen an, daß in einigen Punkten auf ihre Anregung hin Entgegenkommen gezeigt worden ist. (Es folgt die Bezugnahme auf einen am 9. und 11. November stattgehabten Austausch von Schriftstücken zwischen den deutschen Waffenstillstands-Bevollmächtigten und Marschall Foch.) Sie dürfen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß insbesondere die Kürze der Räumungsfristen sowie die Abgabe unentbehrlicher Transportmittel einen Zustand herbeizuführen drohen, der ohne Verschulden der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die weitere Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen kann.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten erachten es ferner für ihre Pflicht, unter Berufung auf ihre wiederholten mündlichen und schriftlichen Erklärungen noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieses Abkommens das deutsche Volk in Anarchie und Hungersnot stürzen muß. Nach den Kundgebungen, die den Waffenstillstand eingeleitet haben, unseren Bedingungen erwartet werden, die bei voller militärischer Sicherung unserer Gegner die Ernährung der am Hungertuch Nagenden — Frauen und Kinder — beendet hatten. Das deutsche Volk, das vier Jahre lang standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit wahren. Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht.

Erzberger, Graf Oberndorff, v. Winterfeldt, Vanselow.

14. November.

Die preußische Regierung erläßt folgenden Erlaß an die preußischen Beamten: Nachdem nun in Ausführung des Beschlusses des Arbeiter- und Soldatenrats die Staatsleitung in Preußen übernommen haben, fordern wir sämtliche preußische Behörden und Beamten auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit beizutragen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt gewahrt bleiben sollen.

Die preußische Landesregierung: Hirsch, Ströbel, E. Ernst, Braun, A. Hoffmann.

Die badische vorläufige Volksregierung hat folgende Erklärung erlassen:

1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet.

2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung.

3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist.

4. Endgiltig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung.

5. Die Nationalversammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919, gewählt. Sie tritt innerhalb zehn Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.

6. Die Wahl zur Nationalversammlung findet nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, die am Tage der Wahl Badener sind.

15. November.

In Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats verordnen wir, was folgt:

Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst. Das Herrenhaus wird beseitigt.

Berlin, 15. Nov. 1918.

Die preußische Regierung:
gez. Hirsch, Ströbel, Braun, E. Ernst, Ad. Hoffmann, Dr. Rosenfeld.

Die deutsche Regierung hat eine Note nach Washington gesandt, in der mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Präsident Wilson gewillt ist, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in günstigem Sinne zu erwägen. Es wird darauf hingewiesen, daß größte Eile not tut, und daß die Annahme der drückenden Waffenstillstands-Bedingungen mit ihren Folgen die Lage bei uns täglich unerträglicher mache. Die Gefahr anarchischer Zustände könne nur bei schnellster Hilfe beseitigt werden. Die deutsche Regierung bittet deshalb, so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder einem anderen Orte zu entsenden, um dort mit deutschen Bevollmächtigten die Einzelheiten zu beraten.

Der Reichstagspräsident Fehrenbach telegraphierte an das Kabinett: Gedenkt die Reichsleitung gegen vielfach angeregte Einberufung des Reichstages Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und eventuell Maßnahmen dagegen zu treffen? Das Kabinett erwiderte: Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des deutschen Kaisertums als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten.

Ebert, Haase.

Amtlich wird hinzugefügt: Die Reichsregierung ist mit den Vorbereitungen zur möglichst schnellen Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt.

16. November.

Ergänzungen zum Waffenstillstand werden gemeldet: Admiral Meurer hat folgenden Funkspruch nach Wilhelmshaven gelangen lassen: Wesentlich ist zu Artikel 25 eine Erklärung, welche Maßregeln Deutschland ergreifen wird, um sichere Einfahrt für die Fahrzeuge in die Ostsee zu ermöglichen, und die Erklärung, daß das Minnen der dortigen deutschen Minenfelder beabsichtigt ist. Wenn diese Erklärung gegeben werden kann, wird voraussichtlich verlässig auf das in Artikel 29 vorgesehene Besatzungsrecht verzichtet. Zu Artikel 27 gehörmäßige Angabe der Flugzeuge und Verzeichnis für die Ausführung der Bestimmungen dieses Artikels. Zu Artikel 28: Als Ersatz für „Kiedoder" wird die Kanalbesatzung durch anderen Kreuzer gefordert. Es wird gebeten, den Namen anzugeben. Zu Artikel 30: Wann der Handelsschiffe der Alliierten und alliierter Staaten, die sich zur Zeit in deutscher Gewalt befinden, mit Angabe der Häfen, wo sie sich befinden. Nach Mitteilung des Admirals Beatty ist ihm gemeldet worden, daß nach Abschluß des Waffenstillstandes noch Flugzeuge geflogen sind. Admiral Beatty erwartet am 16. November 9:30 Uhr vormittags Antwort.

17. November.

Den Bedingungen des Waffenstillstandes gemäß hat der deutsche Truppenführer in Deutsch-Ostafrika, General von Lettow-Vorbeck, sich am Morgen des 14. November am Sambesi, südlich von Kasca in Nord-Rhodesia, ergeben.

Dürfen sich an den Wahlen beteiligen

Paris, 7. Jan. — Der Pariser „Matin" meldet, daß Marschall Foch den Deutschen in den besetzten Rheinprovinzen die Erlaubnis gegeben habe, bei den deutschen Wahlen mitzustimmen. Er will auch Preßfreiheit gewähren, soweit sich solches mit der Aufrechterhaltung der Ordnung verträgt. Die Wahlbewegung in Deutschland hat ungeheuren Umfang angenommen; Hunderttausende von Männern und Frauen beteiligten sich Sonntag an den vielen Massenversammlungen der sozialistischen Mehrheitspartei und der deutscher demokratischen Volkspartei unter Führung von Theodor Wolff von „Tageblatt" in Berlin. Ähnlichkeiten an dem Umzug und den nachfolgenden Versammlungen der Zentrumspartei im Zirkus Busch, in Vorgärten und an anderen Plätzen bei der Multnomaher Hoffnung wegen seines Programms der Trennung von Kirche und Staat heftig angegriffen wurde während die nationale Volkspartei in Versammlungen die gegenwärtigen Machthaber als unerfahren und unpraktisch angriff und das alte Regime pries.

Herr Wilson wieder in Paris eingetroffen

Begibt sich sofort an die Arbeit, um letzte Hand an die Vorbereitungen zur Hauptfriedenskonferenz anfangs nächster Woche zu legen

Italiens Volk stimmt mit Präsidenten überein

Paris, 7. Jan. (Von Robert J. Bender, Korrespondent der United Preß.)—Präsident Wilson ist heute um 9:58 wieder in Paris eingetroffen. Es wird erwartet, daß er die Vorarbeiten zur Hauptfriedenskonferenz sofort wieder aufnehmen wird. Er kehrte mit dem Bewußtsein von Italien zurück, daß das Volk jenes Landes in allen Fragen hinter ihm steht. Dieses verbunden mit der Tatsache, daß die Mehrheit der öffentlichen Meinung in Großbritannien und Frankreich ebenfalls zu ihm hält, wird ihm bei Eröffnung der Hauptkonferenz zum Vorteil gereichen. Die Konferenz der amerikanischen, britischen, französischen und italienischen Delegaten, die allem Anschein nach den wirklichen Friedenskongreß bilden, wird anfangs nächster Woche abgehalten werden. Es heißt, daß anläßlich der morgen stattfindenden Beerdigung des Ex-Präsidenten der Ver. Staaten, Colonel Roosevelt, keine Konferenzverhandlungen stattfinden werden.

Turin, 6. Jan.—Präsident Wilson brachte mit seinem gestrigen Besuch dieser Stadt seine Reise nach Italien zum Abschluß. Seine Hauptrede hielt Herr Wilson vor 1,400 italienischen Bürgermeistern. Das letzte öffentliche Erscheinen des Präsidenten in Mailand gestaltete sich dramatisch. Er wohnte der Aufführung der Oper „Aida", von der berühmten Scala Operntruppe gegeben, bei. Als er das Opernhaus betrat, wurde er lebhaft begrüßt, und nach dem Finale jubelten ihm die Opernsänger und das Publikum zu. Es wurden „America", die „Marseillaise" und die italienische Nationalhymne gesungen. Man forderte den Präsidenten auf, eine Rede zu halten, er kam der Aufforderung indessen nicht nach und dankte durch Handwinken.

Ein unbeschreiblich enthusiastischer Empfang wurde Herrn Wilson auch in Turin zuteil. Er erreichte die Stadt inmitten eines heftigen Gewitterregens. Vor dem Turin Whist Club sprechend, sagte der Präsident, „der Puls der modernen Welt schlägt auf dem Ackerfelde und in den Fabriken." Er sagte, daß während Staatsmänner sich zur Konferenz begeben werden, um Frieden zu schließen, muß das daheimbleibende Volk darauf achten, daß der Friede auch aufrecht erhalten bleibe.

Auch in Turin wurde dem Präsidenten das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen.

Eröffnung der Staatslegislatur

Dwight S. Dalbey von Gage County Vorsitzer im Haus; Bushee Präsident des Senats.

Lincoln, Neb., 7. Jan.—Die neue Staatslegislatur von Nebraska trat heute in Sitzung, nachdem sich die Mehrheitspartei Montag bereits auf ihre Führer geeinigt hatte. Der Abgeordnete Dwight S. Dalbey von Gage County wurde zum Vorsitzer des Abgeordnetenhauses erwählt. Die Demokraten haben zum Minoritätsführer T. M. Ostermann von Merrick County ausersehen.

Die Republikaner im Senat haben Senator B. K. Bushee von Kimball zum Präsidenten des Senats erwählt. Sowohl Herr Dalbey als Herr Bushee sind erfahrene Gesetzgeber.

Paderewski stößt auf Widerstand

Warschau, 7. Jan.—Der polnische Diktator General Pilsudski hat sich geweigert, das Kabinett zu reorganisieren und andere als sozialistische Mitglieder zuzulassen. Die Folge war, daß sich Mitglieder der konservativen und liberalen Partei unter Führung des Fürsten Sapieha vereinigten und den Versuch machten, die Pilsudski Regierung zu stürzen. Der Versuch mißlang; ein Soldat, der die Verhaftung des Ministers des Inneren Thugut verhinderte, wurde von den Verschwörern erschossen. Es hat den Anschein, daß Paderewski um das Komplott wußte und sich nach Krakau begab, um bei Ausführung des Putsches nicht in Warschau anwesend zu sein. General Pilsudski hat Paderewski um eine Unterredung ersucht, um mit ihm die Möglichkeit der Bildung eines neuen Kabinetts zu besprechen. In einer vorherigen zwischen beiden stattgefundenen Konferenz hatte sich Pilsudski geweigert, die Diktatur aufzugeben. Es heißt, daß die Alliierten die Pilsudski Regierung nicht anerkennen werden, da dieselbe viel weniger als ein Zehntel der Bevölkerung repräsentiert.

Die Polen verlangen die Internationalisierung des Danziger Hafens und beanspruchen Polen für die Polen. Das Regierungsmitglied Moraczewski erklärt: „Ich bin nicht dafür, den Juden Selbstverwaltung und eigene Schulen zu geben, doch sollten sie ihre Bürgerrechte erhalten, wenn sie ihre Bürgerpflicht erfüllen. Wir sind von den abziehenden Russen und den Deutschen ausgeraubt worden; die letzteren suchten unsere Industrien und unsere Märkte zu vernichten. Die Alliierten sollten diese Schwierigkeiten berücksichtigen. Inbezug auf Gebietsansprüche verlangen wir, was ethnographisch uns gehört. Wir verlangen nicht, was deutsch oder ukrainisch ist, doch glauben wir, daß in diesem Sinne Litauen unser ist.

„Das Programm für Polen ist: Verteilung der Ländereien zu Kaufpreisen nach dem Grundwert vor dem Kriege; Uebernahme des Bergwerkbetriebes durch die Regierung gegen angemessene Entschädigung; staatlicher Betrieb der öffentlichen Betriebe, wie elektrische Anlagen, Wasserwerke, Eisenbahnen, Schlachthäuser, Lebensmittelfabriken und Bäckereien. Eine Staatskontrolle über alle Betriebe ist nicht geplant."

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend—Schön heute abend und Mittwoch; etwas kälter heute abend; steigende Temperatur am Mittwoch.